



Sea-Watch.org

Projektbericht

2021

Seenotrettung an Europas Grenzen



4 - 5	Was tut Sea-Watch?
6 - 7	Unsere Forderungen
7 - 8	2021 in Zahlen
10 - 12	2015 muss sich wiederholen
12 - 15	FRONTEX: Dystopische Realität
16	Gewalt und Willkür: Kein Einzelfall in der europäischen Grenzpolitik
18	- In der Luft
19 - 20	- Auf dem Wasser
20 - 23	In die Köpfe und in die Herzen für ein solidarisches Europa
24	Zwischen Kriminalisierung und Repression
24 - 25	- Sarah Mardini
26	- El Hiblu 3
27	- Hafenstaatskontrollen
28 - 29	Danke
30	Impressum
31	Supporters-Shop

Foto: Fabian Meier

#SafePassage

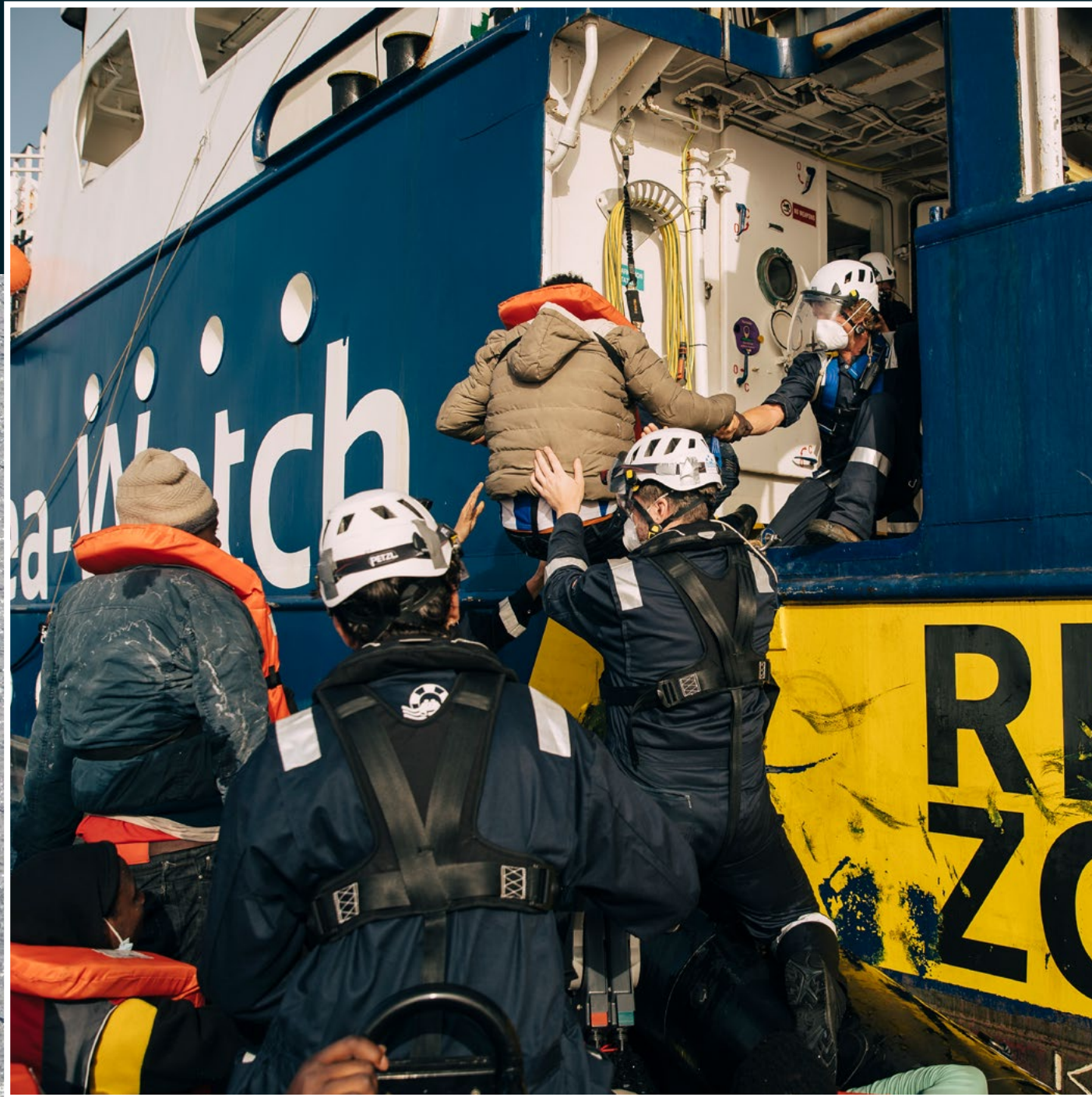
Für legale Fluchtwege, Bewegungsfreiheit
und ein solidarisches Europa



Was tut Sea-Watch?

Sea-Watch e.V. ist eine gemeinnützige Initiative, die sich der zivilen Seenotrettung von Flüchtenden verschrieben hat. Angesichts der menschengemachten Katastrophe leistet Sea-Watch dort Nothilfe, wo staatliche Stellen versagen. Parallel fordern und forcieren wir die Rettung durch die zuständigen europäischen Institutionen und stehen öffentlich für legale Fluchtwege ein. Obwohl wir uns zunehmender Kriminalisierung und Repressionen durch verschiedene EU-Staaten ausgesetzt sehen, entwickeln wir laufend neue Handlungskonzepte und setzen neue Strategien um. Sea-Watch ist politisch und religiös unabhängig und finanziert sich durch Spenden. Seit 2015 waren Sea-Watch-Aktivist:innen an der Rettung von mehr als 40.000 Menschen beteiligt.

Zivile Seenotrettung an Europas Grenzen



29.04.2021: Crewmitglieder der Sea-Watch 4 helfen Geretteten dabei, auf das Rettungsschiff zu kommen.

Foto: Fabian Melber

Unsere



Die katastrophalen Zustände an den europäischen Außengrenzen werden wissentlich von Politiker:innen in Kauf genommen. Eine rassistische Migrationspolitik führt dazu, dass weiterhin tausende Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer ertrinken. Wir stellen Forderungen an die deutsche Bundesregierung und die EU-Institutionen, die direkt umsetzbar sind und dazu führen würden, dass dem politisch motivierten Sterbenlassen im Mittelmeer ein Ende gesetzt und geltendes Recht wieder eingehalten werden würde.

Sichere und legale Fluchtrouten in die Europäische Union, das heißt Bewegungsfreiheit für alle	Sofortige Beendigung der Unterstützung der sogenannten Libyschen Küstenwache durch die EU und europäische Regierungen
Europäisches Seenotrettungsprogramm	Entkriminalisierung von Flucht und Seenotrettung
Offene Häfen ohne Vorbedingung zur Anlandung	Selbstbestimmte Aufnahme von Menschen in solidarischen Städten und Kommunen
Umverteilung und das Recht zu bleiben	Möglichkeit der Handelsschiffahrt zu retten und in europäischen Häfen anzulanden
Frontex und EUNAVFOR MED für Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung ziehen	Auflösung aller Lager an den EU-Außengrenzen und Evakuierung in europäische Mitgliedstaaten
Auflösung der Grenzschutzagentur Frontex	

cher „Beihilfe zur illegalen Einreise“ zu bezichtigen oder – wie im Fall der *El Hiblu 3* – dem Vorwurf terroristischer Aktivitäten auszusetzen und mit langen Haftstrafen zu bedrohen, muss aufhören. **Flucht ist kein Verbrechen.**

Wir fordern, dass Menschen nach ihrer Ankunft in Europa selbstbestimmt entscheiden können, wo sie leben und bleiben möchten. Auf Grundlage dessen müssen solidarische Kommunen und Städte rechtliche Möglichkeiten haben, ihre Aufnahmebereitschaft tatsächlich umzusetzen. Diese darf nicht länger durch restriktive Politik blockiert werden.

Die menschenunwürdigen und zur Abschreckung dienenden Lager an den europäischen Außengrenzen müssen geschlossen und alle Menschen auf Grundlage ihrer individuellen Wünsche in europäischen Mitgliedstaaten aufgenommen werden.

Eine grenzenlose Zukunft?

Forderungen 2021

Um das Sterben im Mittelmeer zu beenden, **brauchen wir sichere und legale Fluchtwege nach Europa.** Wir fordern, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, sich legal und sicher zu bewegen und zu entscheiden, wo sie leben möchten. Das erreichen wir nur durch **Bewegungsfreiheit für alle.**

Wir fordern ein flächendeckendes, von der **EU finanziertes und koordiniertes Seenotrettungsprogramm.** Staaten müssen ihrer Pflicht zur Rettung von Menschen in Seenot bedingungslos nachkommen. Dies darf nicht Aufgabe der Zivilgesellschaft sein.

Wir fordern, dass es **keine Vorbedingungen für die sichere Anlandung von aus Seenot geretteten Menschen** in europäischen Häfen geben darf. **Alle Personen müssen nach Ankunft selbstbestimmt entscheiden dürfen, in wel-**

chem Land sie leben und bleiben möchten. Dafür muss das Ersteinreiseprinzip der Dublin-Verordnung abgeschafft werden.

Sowohl die europäische Grenzschutzagentur Frontex als auch die EU-Militärmission EUNAVFOR MED Operation IRINI, unter welcher die sogenannte Libysche Küstenwache technisch und finanziell aufgerüstet wird, sind fester Bestandteil einer EU-Politik, die auf Abschottung und Migrationsverhinderung setzt. **Wir halten Frontex für nicht reformierbar und fordern die Auflösung der Agentur.** Das Mandat von Frontex und EUNAVFOR MED IRINI ist nicht mit der Einhaltung internationaler See- und Menschenrechtskonventionen vereinbar. **Die Verantwortlichen von EUNAVFOR MED IRINI und Frontex müssen für die täglich stattfindenden Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden.**

Sowohl die Finanzierung und der Ausbau der sogenannten Libyschen Küstenwache durch die EU als auch bilaterale Abkommen zwischen Libyen und europäischen Mitgliedstaaten zielen auf die Verhinderung von Migration nach Europa und die Umgehung international anerkannter Menschenrechte ab. **Wir fordern das Ende aller Programme, die dem Zweck der Externalisierung europäischer Grenzen dienen.**

Die Rettung von Menschen aus Seenot ist völkerrechtliche Pflicht. Solange Staaten ihrer Pflicht nicht nachkommen, füllt die Zivilgesellschaft diese Lücke. Europäische Staaten dürfen daher Seenotrettung nicht länger blockieren und kriminalisieren. **Niemand darf für die eigene Flucht kriminalisiert werden.** Die auf Abschreckung setzende Taktik europäischer Staaten, Schutzsuchende willkürlich angebli-

Tausende Menschen sitzen in offiziellen und inoffiziellen Lagern in Libyen fest. Sichere und legale Fluchtwege nach Europa existieren so gut wie nicht. Die EU muss ihre Verantwortung anerkennen und ihre Politik der Externalisierung beenden. **Alle Lager in Libyen müssen aufgelöst und den Menschen auf Grundlage ihrer individuellen Wünsche eine sichere und legale Weiterreise ermöglicht werden.**

Die repressiven Blockade- und Kriminalisierungsversuche europäischer Mitgliedstaaten gegenüber der zivilen Seenotrettung haben zur Konsequenz, dass Handelsschiffe ihrer Pflicht zur Rettung oft nicht nachkommen. **Informationen über Seenotfälle müssen uneingeschränkt von staatlichen Akteur:innen an Handelsschiffe weitergeleitet werden mit der Anordnung, zu retten und die Menschen anschließend in einem europäischen Hafen an Land zu bringen.**

Es ist ein Jahresrückblick aufs Mittelmeer, der uns wütend und traurig macht. Mindestens **1.864 Menschen sind 2021 auf der Flucht über das Mittelmeer ertrunken** oder gelten als vermisst. Gemeinsam mit der zivilen Flotte haben wir versucht, auch 2021 die tödliche Rettungslücke ein Stück weit zu schließen.

Auf dem Wasser

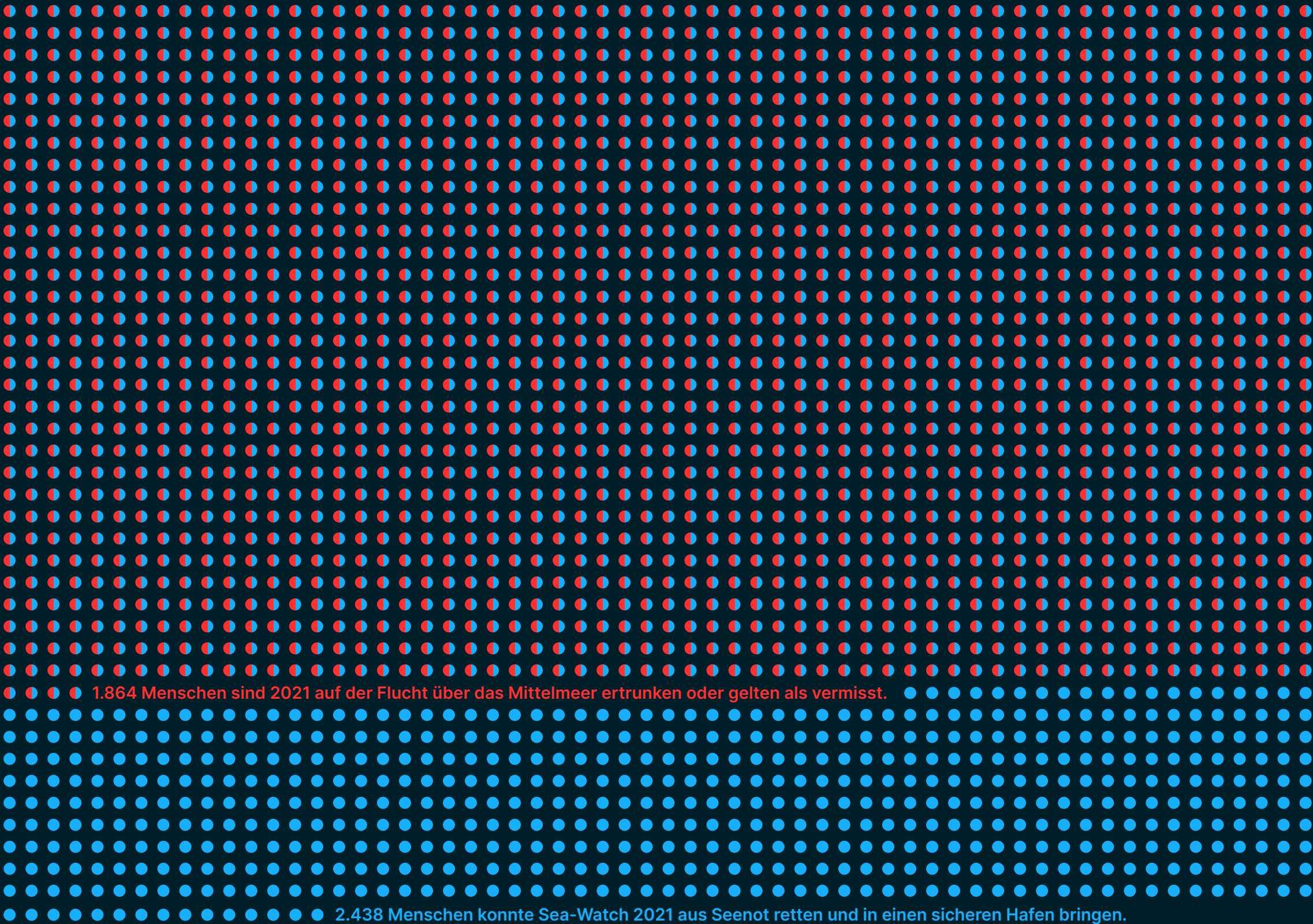
Mit unseren beiden Rettungsschiffen *Sea-Watch 3* und *Sea-Watch 4* konnten wir in sechs fordernden Einsätzen **+ 2.438 Menschen aus Seenot retten** und an einen sicheren Hafen bringen.

Aus der Luft

Unsere Aufklärungsflugzeuge *Moonbird* und *Seabird* flogen 2021 über **714 Einsatzstunden**. Dabei entdeckten sie knapp **11.140 Menschen in Seenot** und dokumentierten zahlreiche Menschenrechtsverletzungen.

Wir stehen weiterhin in voller Solidarität mit Menschen auf der Flucht und geben aus der Luft und auf dem Wasser alles dafür, der tödlichen Politik im Mittelmeer ein Ende zu setzen. Die zivile Flotte führt der EU Tag für Tag aufs Neue vor Augen: Wir sind bereit, zu retten!

2021 in Zahlen



Einsatz 1: Sea-Watch 3 19. Februar – 3. März 2021 363 gerettete Personen in 5 Rettungen Sicherer Hafen: Augusta, IT	Einsatz 2: Sea-Watch 4 23. April – 5. Mai 2021 457 gerettete Personen in 5 Rettungen Sicherer Hafen: Trapani, IT	Einsatz 3: Sea-Watch 3 21. Juli – 8. August 2021 278 gerettete Personen in 5 Rettungen Sicherer Hafen: Trapani, IT	Einsatz 4: Sea-Watch 3 5. Oktober – 23. Oktober 2021 412 gerettete Personen in 7 Rettungen Sicherer Hafen: Pozzallo, IT	Einsatz 5: Sea-Watch 4 1. November – 28. November 2021 482 gerettete Personen in 7 Rettungen Sicherer Hafen: Augusta, IT	Einsatz 6: Sea-Watch 3 20. Dezember 2021 – 2. Januar 2022 446 gerettete Personen in 5 Rettungen Sicherer Hafen: Pozzallo, IT
--	---	---	--	---	---

2015 muss sich wiederholen!

Für ein neues Narrativ der Migrationspolitik von Fabian Melber

Das Video des Rollfeldes zeigt hunderte Menschen, die versuchen, eine startende amerikanische Militärmaschine zu erreichen, um im letzten Moment einem Leben in Angst zu entgehen. Eine zweite Aufnahme, wenige Minuten später: Schwarze Punkte lösen sich von der fliegenden Maschine und stürzen hinab in Richtung der Dächer Kabuls. Selten waren Fluchtursachen so anschaulich, wurde Verzweiflung so vor Augen geführt. Die Situation in Afghanistan markiert einen Höhepunkt der nicht enden wollenden Krisen, die auch das Jahr 2021 bestimmten.

Vor allem die Zunahme klimabedingter Naturkatastrophen wird globale Macht- und Ungleichheitsstrukturen verschärfen und sich an vielen Orten der Welt in Konflikten entladen. In immer mehr Regionen werden Menschen keine Sicherheit mehr finden können.

Fabian Melber ist Teil des Medienteams von Sea-Watch. Er ist als Fotojournalist zuständig für die Position der Medienkoordinator:innen auf den Schiffen, und deren Bildberichterstattung auf dem zentralen Mittelmeer. In dieser Rolle beobachtet er seit 2015 die mediale Darstellung von Flucht und Migration in Deutschland und Europa.

Der Report des Weltklimarates (IPCC), eine tausendseitige Inventur der globalen Klimaforschung, vermittelt eine weltweite Dimension der Bedrohung. Zusammengefasst weist er darauf hin, dass es um unsere Lebensgrundlagen schlechter bestellt ist als angenommen und sich die Situation schneller zuspitzt als bisher befürchtet. Weltweit sind die Konsequenzen bereits heute aus nächster Nähe erfahrbar. Sie bringen Menschen und ganze Länder an ihre Belastungsgrenzen. Die katastrophalen Brände in Griechenland und Italien – den wichtigsten Transitländern auf den Fluchtwegen nach Europa – sind dabei nur ein Beispiel.

Der Umgang mit diesen Krisen offenbart die tiefen Gräben, die die Politik heute ordnen. Die Reaktionen auf die Situation in Afghanistan machten deutlich, dass niemand dafür verantwortlich sein will, auch nur eine:n Geflüchtete:n mehr aufzunehmen als gesetzlich vorgeschrieben. Während selbst die Pandemie im europäischen Sommer 2021 zum allmählichen Hintergrundrauschen verblasste, bleibt im Kern das hängen, was für die Menschen an den Außengrenzen längst der Alltag ist: Das universelle Recht auf Leben ist politisch verhandelbar.

Die politischen Strukturen erweisen sich als ausgesprochen unflexibel, Missstände werden verwaltet, nicht vorausschauend gelöst. Die gebotenen Dialoge finden nicht statt. Den

Im Morgengrauen vor Lampedusa: Eine Gruppe geflüchteter Jugendlicher sucht im Bug der Sea-Watch 4 Schutz vor den Witterungen, während sie seit mehreren Tagen auf die Zuweisung eines sicheren Hafens warten. • Foto: Fabian Melber

Krisen wird mit Resignation begegnet. Entscheidungsträger:innen positionieren sich selbst als Betroffene pragmatischer Bedingungen.

Der Diskurs um eine progressive Migrationspolitik schien im Wahljahr 2021 zum Stillstand gekommen zu sein.

Über Jahre bediente sich nahezu das gesamte politische Spektrum einer Rhetorik der Abschottung, bis die asylpolitische Debatte schließlich in der Suche nach einem möglichst geräuscharmen Prozedere von Abschiebungen versiegt. Die politischen Strategien im Umgang mit den Krisen erschöpfen sich im Ignorieren von Warnungen, der Vertuschung



von Versäumnissen und der Verweigerung von Verantwortlichkeit. Der politische Wertekanon europäischer Regierungen stützt sich auf eine Realitätsverweigerung, deren Konsequenzen aus dem Blickfeld manövriert werden sollen.

Die militärische Abschottung Europas wird zunehmend perfektioniert, letzte Lücken schrittweise geschlossen. Im Jahr 2021 belegten Recherchen des SPIEGEL mit zahlreichen Dokumenten die weitreichende Kenntnis der EU von systematischen Menschenrechtsverletzungen.

Menschenrechtsverletzungen werden von Frontex begangen, durch verantwortliche Entschei-

dungsträger:innen in der EU gedeckt und sollen so der Gerichtsbarkeit entzogen werden.

Dabei ist die finanzielle Unterstützung der Agentur so groß wie nie, der Ausbau ihrer Strukturen noch nie so schnell vorangeschritten.

Die anhaltende Unterstützung der sogenannten Libyschen Küstenwache stellt eine Politik des Handlangertums, und der Verdrängung von Leid und Sterbenlassen flüchtender Menschen aus dem Blickfeld der europäischen Öffentlichkeit dar. Den undurchsichtigen Milizen der sogenannten Libyschen Küstenwache sind alle Mittel recht, die ihnen aufgetragene Migrationskontrolle auf dem zentralen Mittelmeer effektiv zu erfüllen. Und sie genießen dabei weitreichende Rückendeckung.

Die EU kaschiert eine grausame Praxis durch systematisches Verschweigen, Wegblicken und Aktenschreddern.

Auch wenn die Politik der geschlossenen Häfen zwar 2021 nicht fortgesetzt wurde, waren im Jahr 2021 zahlreiche zivile Rettungsschiffe festgesetzt. Auch wir finden uns in einem operativen Alltag wieder, in dem auf einen absolvierten Einsatz womöglich Wochen der Festsetzung folgen. Für ihren Einsatz für Flüchtende stehen zahlreiche Aktivist:innen vor europäischen Gerichten, wo ihnen langjährige Haft- oder drakonische Geldstrafen drohen. Unter Einsatz vorgeschobener bürokratischer Mittel wird hier alles daran gesetzt, sich der völkerrechtlichen Verantwortung zu entziehen.

82,4 Millionen Menschen befanden sich Ende 2020 nach Angaben der UN auf der Flucht, mehr als je zuvor. Die

Hintergründe sind mannigfaltig, und waren noch nie so transparent wie heute. Die Ursachen sind universell, und müssen dringend in ihrer globalen Gesamtheit begriffen werden.

Im öffentlichen politischen Sprachgebrauch herrscht der Versuch, die Zuhörer:innen an die Zwänge der „Realpolitik“ zu gewöhnen. Es sei unsachlich und ideologisch, aus reiner Menschlichkeit, aus Solidarität handeln zu wollen. Die Zivilgesellschaft muss es erkämpfen, diesen Werten neuen Raum und Gehör zu verschaffen.

Der Bericht des Weltklimarats trägt eine zweite zentrale Botschaft: Unsere Krisen sind von Menschen gemacht. Sich das in Erinnerung zu rufen bedeutet, globale Missstände nicht weiter als naturgegeben zu behandeln.

Ob Afghanistan oder die Klimakrise: Es ist der zivilgesellschaftliche Druck, der Regierungen zum Handeln zwingt.

Die Evakuierungen aus Kabul lehren uns, dass ein nennenswerter Teil der Gesellschaft die Dringlichkeit organisierter Fluchtwege begreift, und was möglich ist, wenn der Wille dazu da ist. Es liegt im Rahmen einer nachhaltigen Politik, heute die Lösungen für legale, sichere Einreisewege zu suchen.

Mit „2015 darf sich nicht wiederholen“ formuliert der damalige Kanzlerkandidat Armin Laschet eine Reaktion auf die Machtergreifung der Taliban, die in Deutschland heute schnell Applaus findet. Die Jahreszahl beschreibt eine Zeit, in der Hunderttausende in Deutschland Schutz fanden. Und einen Augenblick der Einigkeit darüber, dass es richtig ist, Menschen in Not zu helfen; dass es an der Zeit ist, diejenigen an einer

Sicherheit teilhaben zu lassen, die ihnen durch die Privilegiertesten vor-
enthalten bleibt.

Es ist ein Armutszeugnis, wenn sich das Jahr 2015 als Niederlage in die nationale Erzählung fügt, als die Zivilgesellschaft sich effektiv organisierte. Das Jahr markiert auch den ersten Einsatz von Sea-Watch auf dem zentralen Mittelmeer.



2015: Die Sea-Watch 1 während einer Rettung, umringt von Rettungsinseln und Schlauchbooten im zentralen Mittelmeer. Foto: Fabian Melber

Unsere Arbeit könnte kaum plakati-
ver beschrieben werden, als es durch
die herrschende politische Praxis
täglich geschieht. Belastende Doku-
mente über Pullbacks durch Frontex
werden in der Behörde vernichtet,
Rettungsschiffe werden beschlag-
nahmt, jegliche Zeug:innenschaft
an den Grenzen Europas soll unter-
bunden werden. Noch immer wer-
den hunderttausende Menschen ge-
zwungen, auf der Suche nach einer
Existenz in Würde und Sicherheit ihr
Leben zu riskieren.

Wir stehen einem Machtmissbrauch
gegenüber, der an unseren Kräften
zehrt. Aber er treibt uns in all der
Ernüchterung an, den Blick auf die
sensiblen Stellen zu richten, und be-
stärkt uns in dem Wissen, dass unse-
re Augen an den Außengrenzen un-
verzichtbar sind.

FRONTEX: Dystopische Realität



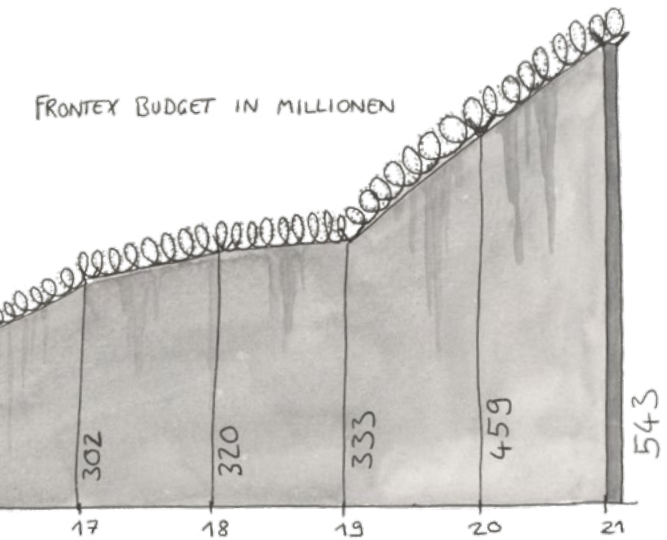
Seit dem Jahr 2014 sind über 23.000 Menschen bei dem Versuch ertrunken, das Mittelmeer zu überqueren. Jeder einzelne Todesfall ist eine direkte Folge davon, dass Europa eine Festung um sich errichtet. Die Toten sind Folge einer rassistischen und kolonialistischen Weltanschauung Europas, die sich in einer tödlichen Anti-Migrationsagenda äußert.

Der Schlüssel zur völligen Abschottung der EU liegt in der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache: Frontex. Diese hat die Aufgabe, Menschen auf der Flucht daran zu hindern, europäisches Festland zu erreichen. Mit einem Budget von 5,6 Milliarden Euro und einer Personalaufstockung von 1.400 auf 10.000 Grenzschutzbeamt:innen bis zum Jahr 2027 ist Frontex die am schnellsten wachsende Agentur der EU.

Im Rahmen der Operation Triton betrieb Frontex bis 2018 eigene Schiffe im zentralen Mittelmeer. Seit dem Ende dieses Einsatzes setzt die Agentur auf ihr Überwachungsprogramm aus der Luft – mit einem Budget von mehreren hundert Millionen Euro. Ein bewusstes Kalkül, nach dem Frontex gar nicht erst in der Lage ist, der völkerrechtlichen Pflicht zur Seenotrettung nachzukommen. Anstatt in den Betrieb eigener Schiffe fließen aus der EU nun Gelder und Ausrüstung an libysche Milizen, die damit zu einer souveränen Seenotrettung „befähigt“ werden und die Schmutzarbeit für die europäische Grenzschutzagentur erledigen sollen.

Zahlreiche Dokumente belegen die systematische Involvierung von Frontex in Menschenrechtsverletzungen. Dennoch ist die finanzielle und politische Unterstützung und der strukturelle Ausbau von Frontex so hoch wie noch nie.

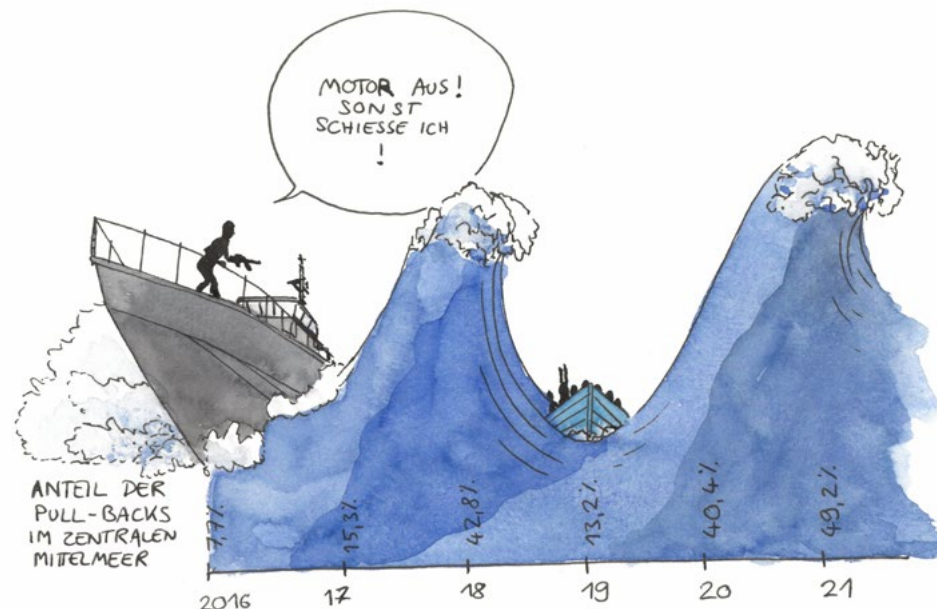
Wie effektiv die Abschottungsstrategie der EU funktioniert, lässt sich anhand von Zahlen einfach veranschaulichen. Bei der gefährlichen Flucht über das Mittelmeer wurden 2021 mehr Menschen als je zuvor zurück nach Libyen geschleppt.



Frontex-Luftüberwachung: Das Milliarden-geschäft der Migrations-Abwehr

In Libyen herrscht Krieg, das Land wird von den Vereinten Nationen und der Europäischen Kommission kategorisch als unsicher eingestuft. In den libyschen Lagern werden Menschen versklavt, gefoltert und getötet. Trotzdem investiert Frontex hunderte Millionen Euro in Überwachungstechnologien, um Informationen und Daten über Boote in Seenot an die sogenannte Libysche Küstenwache weiterzugeben. Allen Lippenbekenntnissen zum Trotz, Frontex hat kein Interesse an Aufklärung. Im Gegenteil – die Luftüberwachung von Frontex macht Pullbacks von Flüchtenden nach Libyen überhaupt erst möglich.

Zur Überwachung des Mittelmeers setzt Frontex mehrere Flugzeuge unter den Namen *Osprey* und *Eagle1* ein. Dabei beteuern sie ihre Pflicht, die Rettungsleitstellen (MRCC) über Seenotfälle zu informieren.



MRCC: Seenotrettungsleitstellen (engl. Maritime Rescue Coordination Centers (MRCC)) sind international anerkannte Institutionen mit der Zuständigkeit, Notrufe innerhalb eines als ihre nationale Such- und Rettungszone bestimmten Gebietes zu koordinieren.

Um sich dieser Verantwortlichkeit zu entziehen, wurde mit europäischer Unterstützung kurzerhand ein gemeinsames Rettungszentrum in Tripolis ins Leben gerufen, das sogenannte Joint Rescue Coordination Center (JRCC). Die Kommunikation zwischen Frontex und dem JRCC ist sehr intransparent. Sie erfolgt in der Regel verschlüsselt und ohne dabei andere Schiffe in unmittelbarer Umgebung zu informieren. Außerdem erfüllt das sogenannte JRCC die offiziellen Anforderungen der SAR-Konvention (engl: Convention on Maritime Search and Rescue) an eine Seenotrettungsleitstelle nicht annähernd. Diese besagen unter anderem, dass es 24/7 besetzt sein und über englischsprachiges Personal verfügen muss. Beides trifft auf die Seenotrettungsleitstelle in Libyen nicht zu.

Auch SPIEGEL-Recherchen bestätigen, dass das JRCC ohne die Lufteinsätze von Frontex nicht in der Lage wäre, seinen Küstenabschnitt zu überblicken. Frontex-Beamt:innen gehen sogar so weit, Koordinaten von Fluchtbooten über WhatsApp direkt an libysche Offiziere weiterzugeben. Sie brechen damit geltendes Recht, und das mit voller Rückendeckung der EU.

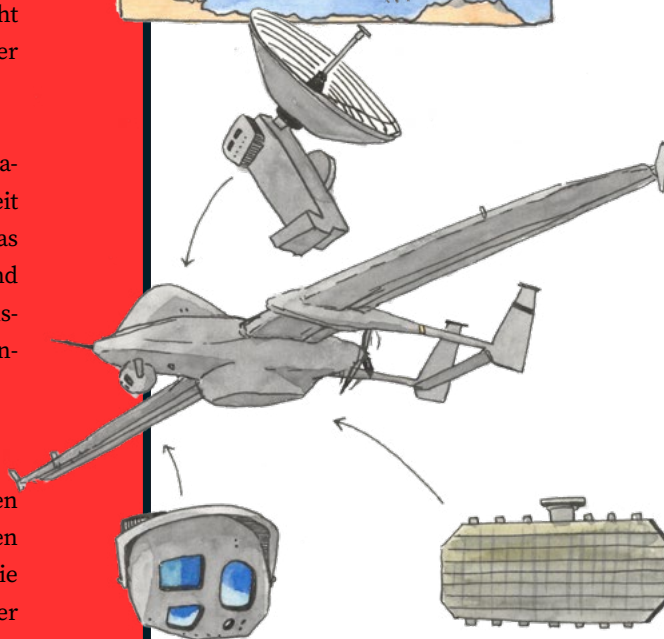
50 Millionen Euro für eine Drohne: Ein Symbol der Dehumanisierung Europas

Im Frühling 2021 geht Europa im Ausbau seines skrupellosen Grenzregimes noch einen Schritt weiter. Seit Mai ergänzt eine Drohne vom Typ Heron 1 über dem zentralen Mittelmeer das Arsenal von Frontex. Ihre Aufgabe besteht in der lückenlosen Überwachung des Suchgebietes, zu jeder Tageszeit und Wetterlage.

Zu diesem Zweck ist die Drohne mit modernster Überwachungstechnik ausgestattet. Bei einer Einsatzdauer von weit über 20 Stunden werden ihre Aufnahmen in Echtzeit an das Frontex-Hauptquartier in Warschau übermittelt. Aufgrund der Dokumentation unserer eigenen Luftaufklärung müssen wir davon ausgehen, dass die Drohne bereits in dutzende illegale Rückführungen involviert war.

50 Millionen Euro

Alleine mit dem Geld für den Kauf der Drohne könnten wir 50 Rettungsschiffe wie die *Sea-Watch 4* kaufen, über 100 Flugzeuge wie die *Seabird* kaufen oder ca. 50 Jahre lang unsere zivile Luftaufklärung finanzieren.



Die Drohne trägt eine elektrooptische Kamera, eine Wärmebildkamera und sogenannte *daylight spotter*. Mit Letzteren kann sie bewegliche Ziele verfolgen.

Die Aufrüstung der Luftüberwachung von Frontex und die Ausstattung libyscher Akteure haben tödliche Folgen. Umso wichtiger sind unsere Beobachtungen aus der Luft, denn nur so können wir das unmenschliche Vorgehen der europäischen Behörden dokumentieren. Dieses Jahr wurde unsere Flugzeug-Crew mehrfach Zeugin der illegalen Zusammenarbeit zwischen Frontex und der sogenannten Libyschen Küstenwache.

April 2021: Etwa 130 Menschen bei Schiffsunglück ertrunken

Im April 2021 entdeckte Frontex aus einem Flugzeug ein in Seenot geratenes Boot. Anstatt nah gelegene Schiffe zur Position der in Not geratenen Menschen zu führen, verließ sich Frontex auf die sogenannte Libysche Küstenwache, die das Boot abfangen und die Menschen zurück nach Libyen bringen sollte. Doch es passierte nichts. Weder die libyschen Partner noch Frontex selbst reagierten. Die Rettung von 130 Menschen wurde verhindert, ihr Ertrinken billigend in Kauf genommen. Auf Nachfragen, warum die Grenzschutzagentur zur Rettung dieser Menschen nicht mehr unternommen habe, antwortete sie in einer E-Mail: „*Es ist auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass Frontex derzeit keine Schiffe im zentralen Mittelmeerraum betreibt.*“

13. Juni 2021: Völkerrechtsbruch durch die Hintertür

Ein Boot mit ungefähr 90 Menschen an Bord befand sich in Seenot, und wurde von der Initiative Watch the Med – Alarmphone direkt den zuständigen Behörden mitgeteilt. Aus unserer *Seabird* konnten wir die Drohne identifizieren, wie sie dieselbe Position umkreiste, die auch uns von Alarmphone mitgeteilt wurde. 20 Minuten später mussten wir bezeugen, wie die Menschen von einem libyschen Patrouillenboot in der maltesischen(!) Such- und Rettungszone abgefangen und zurück in Richtung Libyen gezwungen wurden. Laut Seerecht war Malta für die Rettung der Menschen verantwortlich, die sogenannte Libysche Küstenwache genießt hier keinerlei Befugnis.

Was zivile Seenotrettungsorganisationen schon seit Jahren betonen, wurde juristisch bestätigt: **Rückführungen nach Libyen sind strafbar!** Das entschied in einem wegweisenden Urteil im Oktober 2021 auch das Gericht in Neapel, als es den Kapitän des Handelsschiffes *Asso28* zu einem Jahr Gefängnis verurteilte. Nachdem er im Juli 2018 zwar 101 Menschen in Seenot gerettet hatte, übergab er die Menschen dann doch an die sogenannte Libysche Küstenwache. Es ist das erste Urteil dieser Größenordnung, das in Europa gefällt wurde.

Zivile Luftaufklärung

Sea-Watch ist nicht nur auf dem Wasser, sondern auch in der Luft im Einsatz. Mit unseren Aufklärungsflugzeugen patrouillieren wir über einem großen Seegebiet. Wir dokumentieren Menschenrechtsverletzungen und melden Notfälle an die Rettungsleitstellen und Schiffe in Reichweite. Seit 2017 haben wir in über 480 Aufklärungseinsätzen hunderte Boote in Seenot gesichtet und bei zahlreichen Rettungen assistiert.



Foto: Black Forest Collective

Aus der Luft

Am 30. Juni 2021 konnte unsere Airborne-Crew einen brutalen Angriff der sogenannten Libyschen Küstenwache auf ein Boot in Seenot bezeugen. Der Fall zeigt erneut:

Die EU ist zu allen Mitteln bereit, Menschen davon abzuhalten, europäisches Festland zu erreichen.



Gewalt und Willkür: Kein Einzelfall in der europäischen Grenzpolitik

Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer sind vermehrt massiver Gewalt und erschreckender Willkür ausgesetzt. Unsere Schiffs- und Flugzeugcrews blicken auf ein Jahr voller schwieriger Einsätze zurück, die die lebensbedrohlichen Folgen der europäischen Grenzpolitik sichtbar gemacht haben.

Auf den nächsten Seiten geben wir einen Einblick in zwei herausfordernde Einsätze in der Luft und auf dem Wasser.

Gewalt & Willkür Aus der Luft

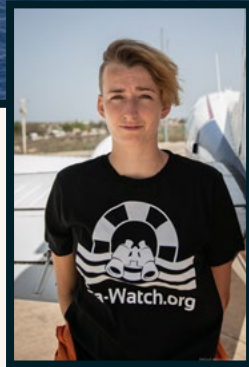


Foto: Miliad Amin

Samira ist Teil des Airborne-Teams von Sea-Watch und war am 30. Juni Einsatzleiterin des Aufklärungsfluges. Sie berichtet von dem Vorfall.

Was geschah am 30. Juni 2021?

Wir waren im Einsatz, als wir von der Position eines Bootes mit 63 Personen erfuhren. Es befand sich bereits in der maltesischen Such- und Rettungszone. Auf dem Weg dorthin entdeckten wir die sogenannte Libysche Küstenwache, die mit hoher Geschwindigkeit auf das Boot zu-steuerte. Laut Seerecht war Malta für die Rettung dieser Menschen verantwortlich. Uns wurde aber schnell klar, dass hier passiert, was längst zur Regel wurde: Das Patrouillenboot wurde rechtswidrig her-beigerufen, um die Menschen abzufangen und zurück nach Libyen zu schleppen.

Was ihr dann bezeugen musstet, war erschütternd. Kannst du die Ereignisse zusammenfassen?

Mit Eintreffen der sogenannten Libyschen Küstenwache begann eine brutale Jagd auf das Boot, die sich über 1,5

Stunden zog. Die libyschen Offiziere schossen mindestens zwei Mal in Richtung des Holzbootes, warfen Seile in Richtung des Motors, warfen Gegenstände auf die Menschen im Boot, und versuchten mehrfach, es zu rammen.

Es ist ein Wunder, dass niemand dabei gestorben ist! Wenn Boote die maltesische Such- und Rettungszone erreichen, sind sie bereits mehrere Tage unterwegs. Die Menschen sind erschöpft und dehydriert. Diese Manöver können Menschen sehr leicht töten. Der Widerstand, den die Personen auf dem Boot geleistet haben, war schwer beeindruckend. Mit großer Erleichterung erfuhren wir, dass die Menschen selbstständig die italienische Insel Lampedusa erreichen konnten.

Wieso ist es so wichtig, dass diese Vorgänge dokumentiert werden?

Die Kooperation mit Libyen ist ein Deal mit dem einzigen Zweck, Europa abzusichern. Dass die EU gewillt ist, dafür den Verlust von Menschenleben in Kauf zu nehmen, zeigen diese Ereignisse deutlich. Die Dokumentation solcher Vorfälle durch unsere Aufklärungseinsätze ist essenziell, um Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen und solche Praktiken überhaupt ans Licht zu bringen.

Was muss jetzt passieren?

Diese Taten müssen Konsequenzen haben! Nach der Veröffentlichung unserer Aufnahmen haben Staatsanwält:innen in Sizilien erstmalig beschlossen, gegen die sogenannte Libysche Küstenwache wegen „versuchten Schiffbruchs“ zu ermitteln. Wir fordern die EU auf, die Kooperation mit der sogenannten Libyschen Küstenwache sofort zu beenden.

Warum „sogenannte Libysche Küstenwache“?

Die sogenannte Libysche Küstenwache besteht aus kriminellen und illegitimen Gruppen, die nicht im Auftrag einer funktionierenden staatlichen Struktur auf der Grundlage der Achtung von Menschenrechten handeln, sondern im Auftrag der EU und ihrer Mitgliedstaaten und in ihrem eigenen Interesse, Geld und Ausrüstung zu bekommen. Wir werden die sogenannte Libysche Küstenwache nicht anerkennen, solange sie internationales Recht bricht und jene Menschen in Gefahr bringt – oder sogar tötet –, die wir zu schützen und zu retten versuchen.



Gewalt & Willkür

Auf dem Wasser

August 2021: Unsere Crew schaut zurück auf einen der schwierigsten Rettungseinsätze der Sea-Watch 3. Anne (Einsatzleiterin), Clarissa (Protection Officer) und Laura (Rettungsbootfahrer:in) geben uns einen Einblick in die Herausforderungen und den Ablauf des Einsatzes:

Warum war dieser Rettungseinsatz so schwierig?

Anne: Wir haben fünf Rettungseinsätze durchgeführt und ein sechstes Boot in Seenot stabilisiert. Es war ein Einsatz mit vielen schwierigen, herausfordernden Rettungen. Wir wurden mehrmals von der sogenannten Libyschen Küstenwache bedroht, anstatt von den Behörden der Europäischen Union unterstützt zu werden. In einer Situation, in der Hunderte von Menschen um uns herum in Lebensgefahr waren, wurden wir völlig allein gelassen.

Was beschäftigte euch am meisten?

Laura: Es ist ein großer Unterschied, ob man darüber redet, dass die EU Menschen ertrinken lässt, oder ob man vor Ort ist und es mit eigenen Augen sieht. Ich bin Schnellboot-Fahrerin und dafür ausgebildet, Menschen im Wasser vor dem Ertrinken zu retten. Es ist wahnsinnig frustrierend, dabei feststellen zu müssen, dass niemals alle Menschen gerettet werden können. Denn es gibt einfach zu viele Boote in Seenot.

Was war für euch die größte Herausforderung bei diesem Einsatz?

Clarissa: Rettungsaktionen sind besonders schwierig, wenn viele Menschen im Wasser sind, und Panik herrscht. Wir mussten uns um viele Menschen mit schweren Verletzungen kümmern. Es gab einige, die aufgrund ihres lebensbedrohlichen Zustands medizinisch evakuiert werden mussten. Unter den Menschen, die an Bord blieben, hatten wir auch zahlreiche medizinische Fälle, deren Zustand sich in der Zeit, die wir auf die Zuweisung eines sicheren Hafens warten mussten, schnell verschlechterte. Es war schockierend, wie viele Menschen durch ihre Erlebnisse in Libyen völlig traumatisiert waren.



Das ist Anne, Einsatzleiterin auf der Sea-Watch 3. Sie koordiniert von Bord aus alle Rettungseinsätze und sorgt für einen reibungslosen Ablauf zwischen allen Teams und dem Backoffice an Land.



Laura fährt in Rettungseinsätzen eines unserer Schnellboote – ein besonders kritischer Moment jeder Rettung, bei dem es auf schnelles und besonnenes Handeln und gute Teamarbeit ankommt.



Das ist Clarissa. Als Protection Officer ist sie verantwortlich für die Feststellung und Dokumentation besonderer Schutzbedürftigkeit unserer Gäste an Bord.

2021 sind über 30.000 Menschen bei der Überfahrt über das Mittelmeer von der sogenannten Libyschen Küstenwache abgefangen und nach Libyen zurückgeschleppt worden. Wie geht ihr mit diesem Wissen um?

Anne – Es ist etwas anderes, wenn man den Zahlen Gesichter und Namen zuordnet. Es sind keine Zahlen, sondern Menschen, die Hilfe brauchen. Wir wissen von den Bedingungen, die in den libyschen Lagern herrschen. Das Land ist ein Ort, bei dem die Rückkehr bedeutet, erneut in einem Kreislauf aus Missbrauch, Folter und Schmerz gefangen zu sein. In der Zeit, in der wir auf See waren, beschloss die italienische Regierung sogar, ihre Zusammenarbeit mit der sogenannten Libyschen Küstenwache zu erneuern und weiterhin mit Milizen zusammenzuarbeiten, die Menschenrechte massiv verletzen.

Was fordert ihr von den zuständigen Behörden und den politischen Entscheidungsträger:innen?

Laura – Die Europäische Union und die Behörden müssen Verantwortung übernehmen. Das bedeutet, für sichere Häfen und Rettungskapazitäten zu sorgen und die Menschen nicht in die Hände von Folterern zu geben. Wir brauchen also die Behörden, wir brauchen die EU, um das Leben der Menschen zu schützen und sie nicht hier draußen ertrinken zu lassen.

Es sind keine Zahlen, sondern Menschen, die Hilfe brauchen.

In die Köpfe und in die Herzen für ein solidarisches Europa

Das Leid an den EU-Außengrenzen ist keine Naturkatastrophe, sondern Resultat eines mangelnden politischen Willens. Ein unerlässlicher Teil unserer Arbeit ist es daher, eine breite Öffentlichkeit für die Situation auf dem Mittelmeer herzustellen.

Wir begleiten und dokumentieren unsere Einsätze und veröffentlichen in Echtzeit das dortige Geschehen, um die Blicke der Zivilgesellschaft auf die politisch gewollte und anhaltende Krise auf dem Mittelmeer zu lenken und diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die den unmenschlichen Status quo erhalten.



#unverhandelbar

Viele einzelne Handlungen und Entscheidungen ergeben ein großes Ganzes: Tausende Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen. Am 16. September 2021 zeigten Sea-Watch, Seebrücke und #LeaveNoOneBehind mit einem riesigen Mosaik aus über 48.000 Bildern diejenigen Politiker:innen, die mit ihrer Stimme die Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen zu verantworten haben. Vor dem Deutschen Bundestag appellierten wir an die Verantwortlichen und forderten mit dieser Aktion eine zukünftige Bundesregierung, für die gilt: Menschenrechte sind #unverhandelbar!



Ride4Rescue & Halbmarathon

In unterschiedlichen Spendenkampagnen haben unsere Unterstützer:innen großen Einsatz gezeigt und wieder einmal bewiesen, dass sie nicht wegschauen und sich klar gegen die menschenverachtende Migrationspolitik der EU stellen. Bei dem Berliner Halbmarathon und während unserer Fahrradkampagne Ride4Rescue haben wir insgesamt über 80.000 Euro an Spenden gesammelt.



#DefundFrontex

Mit #DefundFrontex fordern Sea-Watch und 21 weitere Organisationen die Umwidmung des Frontex-Budgets zum Aufbau eines staatlich geführten und finanzierten, flächendeckenden zivilen Seenotrettungsprogramms. Wir müssen Menschen schützen, nicht Grenzen.



sea-watch.org/defundfrontex/ ➔

Das begehbare Mittelmeer

In Kooperation mit diversen Partner:innen entwickelte unser Events-Team eine multimediale und immersive Installation, die eingebettet in die zeitgenössische Kunstausstellung *Corona Culture* in der Alten Münze Berlin stattfand. Die komplexe Thematik ziviler Seenotrettung wurde auf künstlerische Weise vermittelt, und lud dazu ein, die eigenen Privilegien zu reflektieren und sich mit der faktischen Nicht-Einhaltung allgemein gültiger Menschenrechte auseinanderzusetzen. Wieviele Informationen sind notwendig, um das Sterben auf dem Mittelmeer als Resultat staatlicher Abschottungspolitik erkennbar zu machen?

Wir freuen uns über 10.000 Besucher:innen und werden diese Installation andernorts reproduzieren. Im März 2022 wurde sie erneut in der Alten Münze eröffnet.

Unterstützt von der Hans-Böckler-, Heinrich Böll- & Rudolf Augstein Stiftung.



Quo Vadis Frontex?

Mithilfe der von Airborne dokumentierten Fälle ist Sea-Watch in der Lage, das Verhalten von Frontex im Kontext der Seenotrettung im zentralen Mittelmeer anzuklagen. Als Expertin für die Seenotrettung im zentralen Mittelmeer nahm Sea-Watch am 25. September 2021 an der Diskussionsveranstaltung *Quo Vadis Frontex?* in Berlin teil. Dort wurden die aktuellen Praktiken von Frontex analysiert sowie zivile Widerstände in Form von politischen, juristischen und praktischen Kämpfen gegen die Grenzschutzagentur vorgestellt. Auf Grundlage der erhobenen Daten berichtete Sea-Watch vor allem über die Kooperation zwischen Frontex und der sogenannten Libyschen Küstenwache.

Zwischen Kriminalisierung und Repression

Menschen fliehen aus unterschiedlichsten Gründen aus ihrer Heimat. Europäische Politiker:innen sollten diese Gründe nicht hinterfragen, sondern sichere Fluchtwege gewährleisten. Doch viele Menschen auf der Flucht erfahren das Gegenteil: Sie sind Gewalt ausgesetzt, werden zurückgedrängt, kriminalisiert und mit absurden Anschuldigungen konfrontiert. Ihr Verbrechen? Die Suche nach einem besseren Leben.

Die folgenden Seiten beschreiben, wie Menschen auf der Flucht und jene, die sich für sie einsetzen, zur Zielscheibe staatlicher Behörden werden.



Ich bin **Sarah Mardini** und ich komme aus Syrien. 2015 mussten meine kleine Schwester Yusra und ich unsere Heimat verlassen. Wir flohen nach Europa, damals war ich 20, meine Schwester 17 Jahre alt.

Es war stockdunkel, als wir das Meer von Izmir auf dem überfüllten Schlauchboot in Richtung Griechenland überquerten. Irgendwann blieb der Motor stehen. Wasser trat ins Boot und die Leute wurden panisch. Dann schlug jemand vor, ins Wasser zu springen und das Boot zu ziehen. Als professionelle Schwimmerin war für mich klar, dass ich helfen muss...

Wenn man in einem Schlauchboot sitzt, hat man keine Zeit zum Nachdenken. Man muss einfach handeln.



... Also sprang ich ins Wasser, griff das Seil an der Seite des Bootes und fing an zu ziehen. Fünf Minuten später sprang meine Schwester hinterher. Ich glaube, das war der schrecklichste Moment für mich. Dass mir selbst etwas zustoßen könnte, damit hatte ich mich abgefunden. Aber meiner kleinen Schwester? Kein Mensch sollte um das Leben der eigenen

Schwester fürchten. Sie schaute mich todernt an und sagte: „Wenn du es kannst, kann ich es auch!“ Das war der Punkt, an dem ich die Realität ganz klar vor mir sah: Ich muss so stark wie möglich sein, das war unsere einzige Möglichkeit, zu überleben.

Die Fahrt über das Meer ist nur einer von vielen schrecklichen Momenten unserer Flucht, unseres Zurücklassens der Heimat, in der wir aufgewachsen sind. Als wir Wochen später endlich mit dem Bus nach Deutschland fuhren, kamen mir die Tränen. Ich weinte, weil ich mich das erste Mal seit langem wieder wie ein Mensch fühlte, nicht wie eine Flüchtende. Was ich erlebt habe, hat mich dazu gebracht, wieder zurück nach Lesbos zu gehen, um dort ehrenamtlich als Seenotretterin und Übersetzerin zu arbeiten.

Denn niemand darf andere Menschen im Meer ertrinken lassen – egal wie, egal wo.

Ich habe mein Bestes gegeben, den Menschen zu helfen, die dort mit den Booten ankamen. Die genau den gleichen Albtraum erleben mussten wie ich. 2018 wurden ich und andere Helfer:innen verhaftet und wegen angeblichen Menschenhandels, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Geldwäsche und Spionage angeklagt. Ich saß 107 Tage im Gefängnis.

Wir haben keine illegalen Handlungen begangen. Wir standen am Ufer und haben Decken und Wasser an Überlebende verteilt. Doch anscheinend bin ich in Griechenland bis heute eine „Bedrohung nationaler



Sicherheit“. Es ist absurd, wie Flüchtende und Aktivist:innen zur Zielscheibe der Behörden werden. Wie kann es sein, dass ein Mensch dafür verhaftet wird, anderen zu helfen?

2021 bin ich als Teil der Sea-Watch-Crew zurück aufs Meer gefahren. Ich werde niemals aufhören, mich mit Menschen auf der Flucht zu solidarisieren! Aber Solidarität bedeutet nicht nur, auf einem Rettungseinsatz mitzufahren. Solidarität bedeutet, die eigene Komfortzone zu verlassen. Und wir müssen aufhören, Menschen zu fragen, warum sie aus ihrer Heimat fliehen.

Ich bin es leid, die Frage zu beantworten, warum ich meine Heimat verlassen habe. Ich möchte leben, schlafen und essen können, ohne Bomben zu hören. Das ist mein Recht.

Wenn Ihr Euch für Menschen auf der Flucht einsetzen möchtet, dann schaut Euch in Eurer Stadt um. Informiert Euch darüber, was vor sich geht. Überlegt, wie Ihr die Menschen am besten unterstützen könnt. Hört ihren Geschichten zu. Wir möchten Teil der Lösung und der Diskussion darüber sein, was mit unserer Zukunft geschieht.

Zwischen Kriminalisierung und Repression

FREE EL HIBLU 3

© ElHiblu3

Seit März 2019 werden die **#ElHiblu3** in Malta strafrechtlich verfolgt, weil sie einen Pushback nach Libyen verhindert haben. Die gegen sie erhobenen Vorwürfe lauten „terroristische Aktivitäten“, „mutwillige Zerstörung“, „Beschlagnahmung des Schiffs“.

Die drei Teenager hatten zusammen mit über 100 weiteren Menschen versucht, über das Mittelmeer aus Libyen zu fliehen. Angewiesen durch ein EUNAVFOR-MED-Flugzeug rettete die Besatzung des Handelsschiffes *El Hiblu 1* die Menschen, um dann wider aller Versprechen gegenüber den Schutzsuchenden Kurs auf Libyen zu nehmen. Gerade erst von dem rechtlosen Raum entkommen, protestierten die 108 Geretteten. Drei junge Männer vermittelten und übersetzten zwischen Geretteten und Schiffscrew. Schlussendlich konnte ein illegaler Pushback verhindert werden und das Handelsschiff nahm Kurs auf Malta.

Dort angekommen wurden die drei Mediatoren und Übersetzer verhaftet:

Unter anderem der mutwilligen Zerstörung und diverser terroristischer Aktivitäten in neun Anklagepunkten bezichtigt befinden sich die jungen Männer nunmehr seit Jahren im Limbo eines langwierigen Beweisnahmeprozesses, der alles andere als fair ist. Sollten die drei damals 15-, 16- und 19-Jährigen verurteilt werden, droht ihnen lebenslange Haft.

Die #ElHiblu3 sollten für ihr Engagement gewürdigt, anstatt beschuldigt werden. Ihr Handeln verlangt unser aller Respekt. Widerstand gegen einen illegalen Pushback kann kein Verbrechen sein. Widerstand gegen die Aushebelung von Grundrechten ist nicht nur ethisch und moralisch, sondern auch rechtlich gerechtfertigt

und verdient nicht nur unsere Solidarität, sondern unsere Anerkennung.

Im Oktober 2021 gründet das seit 2019 bestehende „Free-ElHiblu3“-Kampagnenteam eine unabhängige Kommission aus renommierten Vertreter:innen juristischer, akademischer und aktivistischer Bereiche, die sich für das Fallenlassen aller Anklagepunkte in diesem unfairen Prozess gegen die #ElHiblu3 einsetzt.

Free the #ElHiblu3.



elhiblu3.info →

twitter.com/ElHiblu3 →

instagram.com/ElHiblu3 →

Neben einer skrupellosen Politik der Abschreckung finden staatliche Behörden auch verwaltungs- und zivilrechtliche Mittel, um Seenotrettung auf dem zentralen Mittelmeer zu verhindern. Ein Beispiel hierfür ist die sogenannte **Hafenstaatkontrolle**.



Im Rahmen einer solchen Hafenstaatkontrolle ist es einem Zielhafen erlaubt, Schiffe zu besichtigen und zu kontrollieren. Werden während der Besichtigung Mängel („deficiencies“) erkannt, müssen diese beseitigt werden. Schwerwiegende Mängel ziehen eine Festsetzung des Schiffes nach sich.

Grundsätzlich sind solche Kontrollen also sinnvoll, wenn damit die Sicherheit eines Schiffes gewährleistet werden kann. Im Laufe der letzten Jahre wurden diese Hafenstaatkontrollen

aber immer öfter zur politisch motivierten Festhaltung ziviler Seenotrettungsschiffe zweckentfremdet.

So haben diese Kontrollen alleine im Jahr 2021 zu insgesamt 296 Tagen Festsetzung unserer Schiffe geführt. Diese Blockaden wurden mit verschiedensten Mängeln begründet: abgelaufene Milchprodukte, zu viele Rettungswesten an Bord, oder ein Abwassersystem, das nicht für die Anzahl möglicher geretteter Personen ausgelegt sei. Zeitgleich mussten wir tatenlos dabei zusehen, wie

hunderte Menschen im Mittelmeer ertranken.

Unter dem Vorwand der Sicherheit wird die Rettung von Menschen mit fadenscheinigen Begründungen gezielt verhindert. Doch wir sind nicht nur moralisch im Recht, unsere Schiffe sind sicher und bereit zu retten! Mit einem Netzwerk solidarischer Jurist:innen nehmen wir auch langwierige juristische Auseinandersetzungen in Kauf, um solchen absurden Blockaden entgegenzuwirken.

In einer Zeit, in der die EU Seenotretter:innen und Flüchtende anklagt und zivile Rettungsschiffe regelmäßig in europäischen Häfen blockiert werden, ist eines klar: Der Tod tausender Menschen und die illegale Rückführung von Überlebenden in Länder, die sich im Krieg befinden, geschieht nicht aufgrund europäischer Untätigkeit. Sie sind das ebenso vorhersehbare wie vorsätzliche Ergebnis einer mörderischen Grenzpolitik.

Danke!

2021 haben wir mit unseren Schiffen über 2.400 Menschen aus Seenot gerettet. In 121 Aufklärungseinsätzen konnten wir mit unseren Flugzeugen Dutzende Menschenrechtsverletzungen dokumentieren und bei zahlreichen Rettungen assistieren. **Ohne die vielen Freiwilligen, unsere Spender:innen und Fördermitglieder wären diese Einsätze auf dem Wasser und in der Luft nicht möglich gewesen.**

Welche Unterstützungsmöglichkeiten gibt es noch?

- Erstelle eine Spendenaktion:



sea-watch.org/spenden/aktion ➔

- Bestelle Flyer, Infomaterial und / oder Spendendosen für Deine Geburtstagsparty, Hochzeit oder Familienfeier! Einfach via eMail: spenden@sea-watch.org

- Setze auf der Straße ein Zeichen für Menschenrechte mit Kleidung für die zivile Seenotrettung aus unserem Sea-Watch-Shop:



shop.sea-watch.org ➔

- Vernetze Dich lokal, gehe auf Demonstrationen und stehe für eine menschliche Migrationspolitik ein! Beispielsweise mit einer lokalen Seebrücken-Gruppe!

Wir sagen danke - nach einem ereignisreichen Jahr 2021, dessen Einsätze ohne Eure Unterstützung nicht möglich gewesen wären.

Foto: Felix Weiß



Danke für Eure Zeit und Energie, Eure Kraft und finanzielle Unterstützung. Danke, dass ihr nicht wegschaut, sondern Euch klar gegen die menschenverachtende Migrationspolitik der EU stellt!

Solidarität mit Menschen auf der Flucht ist wichtiger denn je. In Zeiten dieser Unmenschlichkeiten müssen wir erst recht Widerstand leisten. Wir müssen Menschenrechtsverletzungen anprangern und uns solidarisch zeigen mit Menschen auf der Flucht sowie jenen, die sich für ihre Rechte einsetzen!

Sorgen wir dafür, dass sich die guten Aspekte aus 2015 wiederholen, dass wir ein buntes und offenes Europa gestalten, in dem Menschenrechte unverhandelbar sind.

Wenn auch Du Dich mit einer Fördermitgliedschaft gemeinsam mit uns gegen die tödliche Politik des Sterben-Lassens stellen willst, findest Du hier weitere Informationen:

sea-watch.org/foerdermitglied/ ➔



Rechtssitz:

Sea-Watch e.V.
Moosdorfstr. 7-9, 12435 Berlin

V.i.S.d.P.:

Marlene Lippmann (Bereichsleitung Fundraising)

Layout & Satz: Joshua Krüger

Zeichnungen: Adrian Pourviseh

#ElHiblu3 Grafik: jelkajelka.com

Lektorat: Neila Kemmer

Fotograf:innen: Jens Scheibe, Fabian Melber,
Black Forest Collective, Milad Amin, Schwebewerk,
Felix Weiß, Felix Betzenbiechler, Rebecca Ruetten

Vorstand: Johannes Bayer, Joshua Krüger,
Nora Bomke, Vera Weithas

Kontakt Daten:

Allgemeine Anfragen: info@sea-watch.org
Presse & Medien: presse@sea-watch.org
Spender:innen: spenden@sea-watch.org
Fördermitglieder: seawatchverein@sea-watch.org
Vorstand: vorstand@sea-watch.org

Warum keine Telefonnummern? Als Verein im Themenfeld Migration und Flucht sind wir ständig Hass und Hetze ausgesetzt. Um Aktivist:innen und Mitarbeiter:innen zu schützen, geben wir Telefonnummern nur nach Rücksprache heraus. Wir bitten um Verständnis!

Februar 2022: Unsere Sea-Watch 4 konnte in zwei Rettungen 129 Menschen vor dem Ertrinken bewahren. Nachdem unsere Gäste von Bord gehen konnten, wird das Schiff wieder auf den nächsten Einsatz vorbereitet. Danke, dass Ihr das möglich macht!

Foto: Rebecca Rütten



Spende jetzt

Unsere Einsätze auf dem Wasser und in der Luft werden durch Spenden finanziert. **Um unsere Arbeit fortzuführen, sind wir auf Deine Unterstützung angewiesen. Vielen Dank!**

Spendenkonto

IBAN: DE77 1002 0500 0002 0222 88

BIC: BFSWDE33BER • Bank für Sozialwirtschaft

Weitere Spendenmöglichkeiten:



sea-watch.org/spenden/ ➔

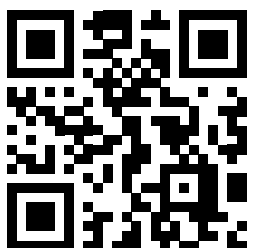


Setz auf der Straße ein Zeichen für Menschenrechte!



Zeig Flagge mit Klamotten für die zivile Seenotrettung aus unserem Sea-Watch Supporters-Shop:

shop.sea-watch.org



WIR ACHTEN BEI DER PRODUKTION AUF NACHHALTIGKEIT UND FAIREN HANDEL.
WEITERE INFORMATIONEN UNTER: [SHOP.SEA-WATCH.ORG](https://shop.sea-watch.org)

